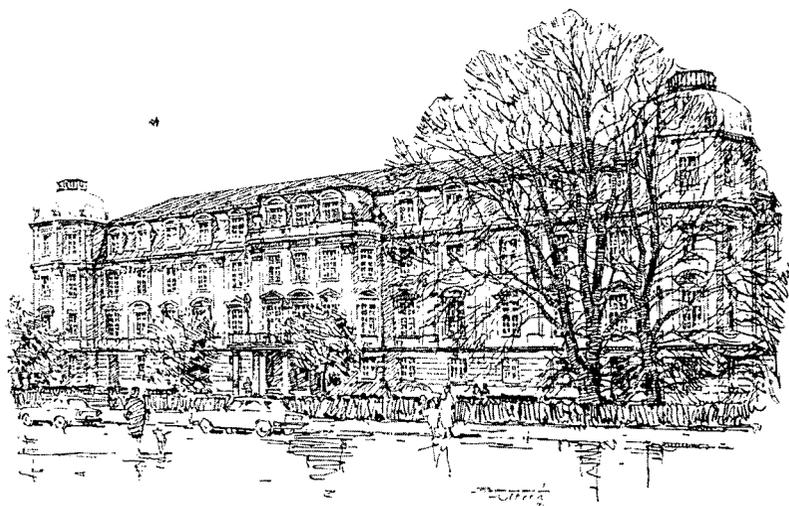


60 Jahre Bundesfinanzhof

Eine Chronik
1950–2010

Herausgegeben vom Bundesfinanzhof



Juristische Gesamtbibliothek
Technische Universität Darmstadt

Stollfuß

366807

Inhalt

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

ERSTER TEIL – GESCHICHTE DES BUNDESFINANZHOFES

A. Vom Reichsfinanzhof zum Bundesfinanzhof	3
I. Der Reichsfinanzhof als historische Wurzel des Bundesfinanzhofs	3
1. Der Reichsfinanzhof als höchstes deutsches Steuer- gericht	3
2. Der Reichsfinanzhof in der Zeit der Weimarer Republik	9
3. Reichsfinanzhof und „Drittes Reich“	9
a) Einflussnahme des Reichsfinanzministeriums	9
b) Die Richterschaft	10
c) Unrechtsurteile	12
II. Ende der Tätigkeit des Reichsfinanzhofs	14
III. Fortgeltung der Reichssteuergesetze	15
IV. Die Neuorganisation der Finanzgerichtsbarkeit nach Kriegsende	17
1. Die Reorganisation der Justiz als Aufgabe des Alliierten Kontrollrats	17
2. Die Errichtung des Obersten Finanzgerichtshofs	17
3. Der Zustand der Finanzgerichte am 8. Mai 1945	19
4. Die Wiedererrichtung der Finanzgerichte in den drei Westzonen und Berlin (West)	19
a) Anordnungen des Alliierten Kontrollrats	19
b) Die Entwicklung in der amerikanischen Zone	20
c) Britische und französische Besatzungszone	20
5. Die Saarländische Finanzgerichtsbarkeit	21
6. Die Finanzgerichtsbarkeit in der sowjetisch besetzten Zone und in der DDR	21
B. Der vom Grundgesetz garantierte Rechtsschutz als Wesensmerkmal gerichtlicher Tätigkeit	22
I. Die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes	22
II. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG)	23

	Seite
C. Errichtung und Tätigwerden des Bundesfinanzhofs	24
I. Gesetzgeberische Vorarbeiten	24
II. Das Gesetz über den Bundesfinanzhof vom 29. Juni 1950	24
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Errichtung des Bundesfinanzhofs	24
2. Die einzelnen Gesetzentwürfe und ihre parlamentarischen Beratungen	25
3. Beschlussfassung und Verkündung des Gesetzes	26
4. Der Festakt aus Anlass der Gründung des Bundes- finanzhofs	27
III. Das Gesetz über den Bundesfinanzhof als Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Bundesfinanzhofs	28
1. Funktion und Status des Bundesfinanzhofs	28
2. Unabhängigkeit des Bundesfinanzhofs gegenüber Exekutive und Legislative	29
3. Sitz und Name des Gerichts	29
4. Sachliche Zuständigkeit	29
5. Die Rechtsstellung der Mitglieder des Bundesfinanzhofs nach dem Gesetz über den Bundesfinanzhof	30
a) Persönliche Voraussetzungen für die Ernennung zum Bundesfinanzrichter	30
b) Richterliche Unabhängigkeit	30
IV. Personelle Verknüpfung des Bundesfinanzhofs mit dem Reichsfinanzhof und dem Obersten Finanzgerichtshof	31
1. Nur partielle Personenidentität zwischen den Mitgliedern des Reichsfinanzhofs und des Obersten Finanzgerichts- hofs mit den Mitgliedern des Bundesfinanzhofs	31
2. Ursachen dieser Entwicklung	31
V. Verfahrensrechtliche Grundlagen und Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs in den ersten Jahren seiner Tätigkeit	33
1. Die Reichsabgabenordnung als Verfahrensordnung	33
2. Rechtsprechung	35
D. Die Fortentwicklung der wesentlichen rechtlichen Grund- lagen für die Tätigkeit des Bundesfinanzhofs durch das Deutsche Richtergesetz und die Finanzgerichtsordnung	36
I. Das Deutsche Richtergesetz	36
1. Rechtliche Grundlagen	36
2. Auswirkungen auf den Bundesfinanzhof	36
II. Die Finanzgerichtsordnung	37
1. Der Auftrag des Verfassungsgebers der Bundesrepublik Deutschland zur einheitlichen Regelung der Finanz- gerichtsbarkeit	37

	Seite
2. Das Gesetzgebungsverfahren im Einzelnen	37
3. Die Finanzgerichtsbarkeit als Teil der rechtsprechenden Gewalt	38
4. Der Finanzrechtsweg	40
5. Die Generalklausel des § 33 FGO zur Zulässigkeit des Finanzrechtswegs	40
a) Die Grundregelung des § 33 Abs. 1 FGO	40
b) Abgrenzungen	41
6. Die wesentliche Ausgestaltung der Verfahren vor den Finanzgerichten	41
7. Grundlegende Änderungen des finanzgerichtlichen Verfahrens	42
a) Das Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs	43
b) Das FGO-Änderungsgesetz vom 21. Dezember 1992	44
c) Das 2. FGO-Änderungsgesetz vom 19. Dezember 2000	44
d) Die nicht realisierte Verwaltungsprozessordnung	45
e) Pläne zur Errichtung des Amtes eines Bundesfinanz- anwalts/Oberbundesanwalts beim Bundesfinanzhof	46
E. Der Bundesfinanzhof als Revisions- und Beschwerde- gericht	47
I. Aufgabenstellung als Revisionsgericht	47
II. Erstinstanzliche Zuständigkeit	48
III. Verfahrensrechtliche Wege zum Bundesfinanzhof	48
1. Grundzüge der Rechtsentwicklung	48
2. Die zulassungsfreie Revision	49
3. Die Streitwertrevision	49
4. Die Revision aufgrund der Zulassung durch das Finanz- gericht	51
a) Ursprüngliche Regelungen	51
b) Die Änderungen aufgrund des 2. FGO-Änderungs- gesetzes	52
c) Zulassung der Revision im Gerichtsbescheid	53
5. Die Revision aufgrund Zulassung durch den Bundes- finanzhof	53
a) Grundzüge der verfahrensrechtlichen Entwicklung	53
b) Die ursprünglichen Regelungen der Finanzgerichts- ordnung zur Nichtzulassungsbeschwerde im Einzelnen	54
c) Die tiefgreifenden Änderungen aufgrund des 2. FGO- Änderungsgesetzes	54
d) Die Entscheidung über die Nichtzulassungsbeschwerde	55
e) Die Rechtsfolgen der Zulassung der Revision durch den Bundesfinanzhof	56
	XI

	Seite
6. Die Anschlussrevision	57
7. Die Beschwerde (§§ 128 ff. FGO)	57
IV. Sonstige Verfahren	58
1. Die Gegenvorstellung	58
2. Die Anhörungsrüge	59
3. Sonstige Anträge	59
V. Die Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	59
1. In Revisionssachen	59
a) Entscheidung durch Urteil oder Gerichtsbescheid	59
b) Verwerfung – Zurückweisung der Revision durch Beschluss	60
c) Inhalt der Entscheidungen	61
aa) Die Revision ist unbegründet	61
bb) Die Revision ist begründet	61
d) Rechtliche Wirkung der Entscheidungen	62
2. In Beschwerdesachen	62
VI. Vorlage an das Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 100 Abs. 1 GG	62
VII. Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union	65
VIII. Gutachtertätigkeit des Bundesfinanzhofs	66
IX. Die Beteiligten am Revisionsverfahren	68
1. Grundsatzregelung	68
2. Beitritt zum Revisionsverfahren	68
a) Beitritt der Finanzverwaltung aufgrund eigener Initiative	68
b) Aufforderung zum Beitritt durch den Bundes- finanzhof	69
X. Postulationsfähigkeit und Vertretungszwang	69
1. Die Postulationsfähigkeit	69
2. Der Vertretungszwang	70
a) Vertretung durch die steuerberatenden Berufe	70
b) Vertretung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und Behörden	71
XI. Bindung an das Steuergeheimnis	72
F. Die Verfassung des Bundesfinanzhofs	73
I. Die Mitglieder des Bundesfinanzhofs	73
II. Senatsverfassung	74
1. Der Spruchkörper	74
a) Die Richterbank	74
aa) Besetzung mit Berufsrichtern	74
bb) Keine ehrenamtlichen Richter	75

	Seite
b) Die Anzahl der Senate	75
c) Die Anzahl der Mitglieder des Bundesfinanzhofs und ihre Senatszugehörigkeit	75
d) Der Präsident des Bundesfinanzhofs als Vorsitzender eines Senats	76
2. Die sachliche Zuständigkeit der Senate	76
a) Entscheidung durch das Präsidium des Bundesfinanzhofs	76
b) Umfangreiche Verschiebungen in der Geschäftsverteilung	77
c) Abgrenzungen der Zuständigkeiten	78
III. Der Große Senat	78
IV. Der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	80
G. Ressortierung des Bundesfinanzhofs und Pläne zur Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten	81
I. Die ressortmäßige Zuordnung des Bundesfinanzhofs	81
II. „Aus drei mach eins, aus fünf mach zwei“ – Die Pläne zur Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten	81
H. Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung	83
I. Keine Änderung beim Sitz des Bundesfinanzhofs	83
II. Entwicklung des Rechtsschutzes in der ehemaligen DDR ab dem Jahr 1989	83
III. Unterstützung durch den Bundesfinanzhof bei der Errichtung der Finanzgerichtsbarkeit in den neuen Bundesländern	84
I. Die Richter am Bundesfinanzhof – ihre Funktion und ihr Status innerhalb des Gemeinwesens	85
I. Der Richter als ausführendes Organ der rechtsprechenden Gewalt	85
II. Berufung der Richter am Bundesfinanzhof	85
1. Wahl der Richter	85
2. Ernennung	88
III. Ernennung des Präsidenten/der Präsidentin, des Vize- präsidenten und der Senatsvorsitzenden	88
1. Der Präsident des Bundesfinanzhofs – seine Rechts- stellung	88
2. Der Vizepräsident des Bundesfinanzhofs	89
3. Die Senatsvorsitzenden	91

	Seite
IV. Die Stellung des Präsidialrichters/der Präsidialrichterin und des Pressereferenten	91
1. Präsidialrichter	91
2. Pressereferent	92
V. Weitere Sonderaufgaben von Richtern und Richterinnen	94
1. Der Bibliotheksausschuss	94
2. Richter für Angelegenheiten der IT	96
3. Richter für*Angelegenheiten der Dokumentation und Information	97
4. Vertrauensrichter für die wissenschaftlichen Mitarbeiter	97
5. Mediation	97
VI. Wechsel von Mitgliedern des Bundesfinanzhofs in andere hochrangige Positionen	98
VII. Dienstliche Fortbildung – Richterakademien Trier und Wustrau	99
VIII. Das Richterbild Außenstehender	99
1. Öffentliche Meinung	100
2. Steuerliche Fachwelt	100
J. Der Bundesfinanzhof in seinem gerichtlichen und administrativen Umfeld	100
I. Die Beziehungen des Bundesfinanzhofs zur in- und ausländischen Gerichtsbarkeit	100
1. Das Bundesverfassungsgericht	100
2. Das Verhältnis zu den anderen obersten Gerichtshöfen des Bundes	101
a) Präsidentenkonferenzen	101
b) Treffen mit Richtern anderer oberster Gerichtshöfe des Bundes	102
3. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	103
4. Mitglieder des Bundesfinanzhofs als Mitglieder des Richterdienstgerichts	103
5. Die besonderen Beziehungen zu den Finanzgerichten	104
6. Zusammenkünfte zur Kontaktpflege bei der Münchner Justiz	105
7. Fachtagungen mit Mitgliedern des Österreichischen Verwaltungsgerichtshofs	105
8. Weitere ausländische Gäste aus dem Bereich der Justiz	106
a) Gäste aus der supranationalen Gerichtsbarkeit	106
b) Besucher aus dem übrigen Ausland	107
II. Weitere Bereiche der gerichtlichen Tätigkeit	108
1. Das Verhältnis zu den steuerberatenden Berufen	108
2. Teilnahme am Deutschen Finanzgerichtstag	109

	Seite
3. Deutscher Juristentag, Deutscher Richter- und Staatsanwaltschaftstag	109
4. Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft	109
5. Umsatzsteuerliche Vereinigung	110
6. Berliner Steuergespräche und Münchner Unternehmenssteuerforum	110
III. Die Repräsentanten des Staates zu Gast beim Bundesfinanzhof	110
1. Die Bundespräsidenten	110
2. Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts	111
3. Bundesminister	111
IV. Gesellschaftliche Veranstaltungen im Bundesfinanzhof	113
V. Der Bundesfinanzhof im Freistaat Bayern	114
VI. Die Landeshauptstadt München – Sitz des Bundesfinanzhofs	115
K. Das Verhältnis des Bundesfinanzhofs zu Legislative und Exekutive	115
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	115
II. Die Beziehungen zwischen dem Bundesfinanzhof und der Legislative	116
1. Beratung und Verabschiedung von Steuergesetzen	116
2. „Nichtanwendungsgesetze“	117
3. Haushaltsausschuss	118
III. Bundesfinanzhof und Exekutive	118
1. Die Zusammenarbeit zwischen Bundesfinanzhof und Bundesministerium der Justiz	118
2. Das Spannungsverhältnis zwischen Bundesfinanzverwaltung und Bundesfinanzhof	119
L. Gremien, Vertretungen der Richterinnen und Richter	120
I. Das Präsidium	120
II. Der Präsidialrat	122
III. Der Richterrat	125
1. Allgemeine Aufgabenstellung und Rechtsgrundlagen	125
2. Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit und Förderung der tatsächlichen Rahmenbedingungen für die richterliche Berufsausübung	126
3. Förderung der Zusammenarbeit zwischen richterlichen und nichtrichterlichen Bediensteten	127
IV. Die Richterversammlung	128

	Seite
V. Der Verein der Richterinnen und Richter am Bundesfinanzhof	130
1. Organisation und Ziele	130
2. Verbandsinterne Tätigkeiten	130
3. Verbandspolitische Aktivitäten	131
a) Unterstützung der Aufgaben des Deutschen Richterbundes	131
b) Mitwirkung an den Veranstaltungen des Deutschen Finanzgerichtstages e. V.	131
c) Arbeitsgemeinschaft der Richtervereine der obersten Gerichtshöfe des Bundes und des Bundespatentgerichts	131
d) Kontaktpflege mit Vertretern von Bundesministerien und Verbänden	132
e) Berliner Kreis	132
M. Besoldung, Amtsbezeichnung, Nebentätigkeit	132
I. Die Richterbesoldung	132
II. Die richterlichen Amtsbezeichnungen	133
III. Amtstracht	134
IV. Nebentätigkeit	135
V. Wohnungsfürsorge des Bundes	136
VI. Verdienstorden des Bundes und des Freistaats Bayern	138
N. Die richterliche Tätigkeit im Einzelnen	139
I. Die richterliche Unabhängigkeit als Grundvoraussetzung	139
1. Grundsätzliches „.....“	139
a) Rechtsstellung der Richter in der Finanzgerichtsbarkeit und des Bundesfinanzhofs ab 1950	140
b) Altersgrenze der Bundesrichter	142
2. Ressortierung der Finanzgerichte und des Bundesfinanzhofs bei den Finanzministerien oder den Justizministerien	144
3. Herkunft des Großteils der Richter aus der Finanzverwaltung	148
4. Unabhängigkeit der Richter gegenüber „der Politik“	149
a) Der „politische Richter“ i. S. von § 39 DRiG	149
b) Kein Amt für Karriere- oder „Expolitiker“	150
5. Das Institut der Richterablehnung	151
a) Keine Richterablehnung wegen Herkunft aus der Finanzverwaltung	152
b) Richterablehnung aus anderen Gründen	152

	Seite
II. Der „gesetzliche Richter“ im Spruchkörper	154
1. Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs	155
a) Besetzung der Senate	155
b) Zulässigkeit der Überbesetzung von Senaten	156
aa) Überbesetzungsprobleme für Urteilsitzgruppen ...	157
bb) Probleme überbesetzter Senate mit „Dreierbesetzungen“	158
2. Mitwirkungspläne der Senate	159
a) Regelung durch den Vorsitzenden bis 1999	160
aa) „Richtungweisender Einfluss“ des Vorsitzenden bei überbesetzten Senaten?	160
bb) Abstrakte Vorwegbestimmungsregeln für die Mitwirkung aufgrund der Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1997	163
b) Mitwirkungsregelung durch Beschluss aller dem Spruchkörper angehörenden Berufsrichter gemäß § 21 g GVG i. d. F. ab 1999	164
3. Die Aufgaben der Senatsvorsitzenden	165
4. Der Weg zur Entscheidung	166
a) Berichterstattung	167
b) Sitzungen	168
aa) „Sitzungsbetrieb“ beim Bundesfinanzhof	168
bb) Sitzungsverlauf	169
c) Mündliche Verhandlung	170
aa) Mündliche Verhandlung vor Inkrafttreten der Finanzgerichtsordnung	171
bb) Mit der Finanzgerichtsordnung eingeführte obligatorische mündliche Verhandlung	172
d) Weitere Senatsberatung, Verkündung oder Zustellung der Entscheidung	173
e) Abfassung der Senatsentscheidung	174
f) Keine Veröffentlichung einer „abweichenden Auffassung“	176
5. Erstellung von Gutachten durch die Senate	176
O. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter	178
I. Vom juristischen Hilfsarbeiter zum wissenschaftlichen Mitarbeiter	178
II. Stellung und Aufgabenbereich	179
III. Anwesenheit wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Beratung und Abstimmung	181
IV. Vom wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Präsidenten des Bundesfinanzhofs	182

	Seite
P. Veröffentlichung der Entscheidungen	183
I. Grundlagen bei Errichtung des Bundesfinanzhofs vor Geltung der Finanzgerichtsordnung	184
II. Veröffentlichungsgrundlagen ab Geltung der Finanz- gerichtsordnung	186
III. Umfang der zur Veröffentlichung bestimmten Entschei- dungen von „grundsätzlicher Bedeutung“	187
IV. Veröffentlichung der „nicht veröffentlichten“ Entschei- dungen durch die Richter	188
V. Veröffentlichung aller Entscheidungen durch den Bundesfinanzhof im Internet	189
VI. Entscheidungen des Bundesfinanzhofs in Fachzeitschriften ..	190
VII. Entscheidungen des Bundesfinanzhofs in anderen Medien, insbesondere in der Tagespresse	190
VIII. Verbreitung von Entscheidungen des Bundesfinanzhofs außerhalb der Bundesrepublik	191
Q. Festschriften	192
I. Festschriften für den Bundesfinanzhof	192
II. Festschriften für Präsidenten und Richter des Bundes- finanzhofs	193
III. Beiträge von Richtern des Bundesfinanzhofs in Festschriften	194
R. Festhefte	194
S. Die wissenschaftliche Tätigkeit von Richtern und Richterinnen außerhalb des dienstlichen Arbeits- bereichs	196
I. Im Hochschulbereich	198
1. Lehrtätigkeit von Richtern am Bundesfinanzhof	198
2. Steuerrechtswissenschaftliches Symposium im Bundes- finanzhof	200
II. Steuerrechtliche Fach- und Fortbildungsveranstaltungen	201
III. Als Autoren von wissenschaftlichen Werken und Fachbeiträgen	203
IV. Im Rahmen von Steuerreformerarbeiten	205
V. Im Gesetzgebungsverfahren	206

	Seite
T. Gerichtsverwaltung allgemein	207
I. Funktion und Stellung	207
II. Rechtsgrundlagen	209
III. Organisation	215
IV. Gremien, Vertretungsorgane und Sonderzuständigkeiten	218
V. Aufgaben	225
U. Sachgebiete der Gerichtsverwaltung	229
I. Zentralabteilung	229
1. Personalverwaltung	229
2. Haushalt	232
II. Bibliothek	234
1. Die Situation bei Errichtung des Bundesfinanzhofs	234
2. Die Jahre des „Wirtschaftswunders“	237
3. Einführung bibliothekarischer Standards	238
4. Ersteinsatz der EDV und erste Kontakte zum Bibliotheksverbund Bayern	240
5. Neuorganisation des Lesesaals	240
6. Ausblick	242
III. Abteilung Dokumentation und Information	243
1. Errichtung und Aufgaben	243
2. Einsatz von Technik	248
3. Mitarbeiter	249
4. Unterbringung	249
5. Archiv und Aufbewahrung der Unterlagen	249
IV. Informationstechnik	250
1. IT-Systeme	251
2. IT-Anwendungen	252
a) Textverarbeitung	252
b) Abteilung Dokumentation und Information	253
c) Senatsgeschäftsstellen	253
d) Richterarbeitsplatz	253
e) Bibliothek	254
f) Zentralabteilung	254
g) Elektronischer Rechtsverkehr	255
V. Öffentlichkeitsarbeit	256
W. Wahrung des Steuergeheimnisses	258
X. Geschäftsbelastung	260

	Seite
Y. Das Anwesen München, Ismaninger Straße 109 – Standort des Bundesfinanzhofs	262
I. Ein historisches Grundstück als Standort für den Bundes- finanzhof	262
1. Das so genannte Fleischerschlosschen als Vorstufe des Gerichtsgebäudes	262
2. Die historische Bedeutung des Grundstücks Ismaninger Straße 109	262
II. Der Park	263
III. Das Gerichtsgebäude	264
1. Zustand und Belegung des Gerichtsgebäudes nach Kriegsende	264
2. Die Ausstattung der Diensträume	265
a) Die allgemeine Ausstattung	265
b) Die Ausstattung mit Kunstwerken	266
c) Die Präsentation von Kunstwerken	266
d) Fotografien der Präsidenten des Bundesfinanzhofs ...	267
e) Ausstattung der Sitzungssäle mit der Bundesflagge ...	267
3. 60 Jahre Bundesfinanzhof = 60 Jahre Baumaßnahmen ...	268
a) Einbau eines Personenaufzugs	268
b) Umbau von Dienstwohnungen und Kellerräumen ...	268
c) Demontage der ursprünglichen Bibliothek	268
d) Errichtung des Bibliotheksanbaus und des *Erweiterungsbaus	269
aa) Bibliotheksanbau	269
bb) Der Erweiterungsbau	270
e) Bau einer Tiefgarage	271
f) Sicherheitsmaßnahmen	271
g) Brandschutz und Gebäudestatik	271
4. Raummangel	272
5. Organisatorische Maßnahmen in Zusammenhang mit mündlichen Verhandlungen von besonderem öffent- lichen Interesse	272
6. Volksmund	273
Z. Varia	273
I. Interne Festveranstaltungen des Bundesfinanzhofs	274
II. Richterstammtisch	274
III. Damenkränzchen	274
IV. Richtersport	275
1. Kegeln	275
2. Golf	276

	Seite
3. Volleyball	276
4. Tischtennis	276
5. Dauerläufer	277
6. Sonstige	277
V. Faschingsfeste	277
VI. Sommerfest	277
VII. Dichter, Komödianten und Musiker	278
1. Dichter	278
2. Komödianten	278
3. Musiker	279

ZWEITER TEIL – RECHTSPRECHUNG DES BUNDESFINANZHOFES

A. Fachsenate	283
I. Rechtsprechung des I. Senats	283
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	283
2. Körperschaftsteuerrecht	283
a) „Mantelkauf“ und Verlustabzug	283
b) Außerbetriebliche Sphäre	284
c) Übergang vom körperschaftsteuerlichen Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren	284
d) Verdeckte Gewinnausschüttung	285
e) Betriebe gewerblicher Art und öffentliche Hand	287
f) Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb und Gemeinnützigkeit	289
aa) Mittelverwendungsgebot	289
bb) Selbstlosigkeitsgebot	290
cc) Wettbewerb und Konkurrentenklage	290
3. Gewerbesteuerrecht	291
a) Betriebsverpachtung	291
b) Mehrmütterorganschaft	291
4. Umwandlungssteuerrecht	292
a) Steuerverstrickung so genannter einbringungs- geborener Anteile	292
b) Verschmelzungsgewinne und formeller Parlaments- vorbehalt	292
5. Internationales Steuerrecht	293
a) Zwischenschaltung einer ausländischen Gesellschaft	293
b) Beschränkte Steuerpflicht	294
c) Doppelbesteuerungsabkommen	294
aa) Freistellung und Aufwandsabzug	294
bb) Zuordnung von Sondervergütungen	295
cc) Begründung und Aufgabe der Theorie der finalen Entnahme	296

	Seite
d) Außensteuerrecht	297
e) Gemeinschaftsrecht	298
f) Zwischenstaatliche Amtshilfe	300
6. Bilanzsteuerrecht	300
a) Geschäftswert als einheitliches Wirtschaftsgut (so genannte Einheitstheorie)	300
b) Bilanzberichtigung	301
c) Unterscheidung zwischen wertaufhellenden und wertbeeinflussenden Tatsachen	301
d) Bilanzrechtliche Behandlung eigenkapitalersetzender Darlehen	302
e) Bildung von Rückstellungen für öffentlich-rechtliche Umweltschutzmaßnahmen	302
7. Kirchensteuerrecht	303
II. Rechtsprechung des II. Senats	303
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	303
2. Umsatzsteuer	304
3. Zollrecht und Verbrauchsteuern	304
4. Grunderwerbsteuer	305
a) Vorbemerkung	305
b) Gestaltungen, in denen ein Grundstück in einem erst zukünftigen (bebauten) Zustand zum Gegenstand des Erwerbsvorgangs gemacht wird	305
c) Rechtsvorgänge unter Beteiligung einer Gesamthand	305
d) Voraussetzungen und Grenzen einer Anteils- vereinigung	306
e) Umwandlungsvorgänge	306
f) Gegenleistung und deren Ermittlung	307
g) Rückgängigmachung des Erwerbsvorganges	307
5. Erbschaft- und Schenkungsteuer	307
a) Verfassungsfragen	307
b) Fragen des EU-Rechts	309
c) Person des Erwerbers von Todes wegen	310
d) Personengesellschaft als potenzielle Erwerberin oder Schenkerin	310
e) Gemischte Schenkung, Schenkung unter Auflage	311
6. Einheitsbewertung des Betriebsvermögens	312
a) Verlustübernahmeanspruch aufgrund eines Beherrschungsvertrages	312
b) Widerlegung der Teilwertvermutung	312
7. Anteilsbewertung	312
a) Einbeziehung des Werts einer entgeltlich erworbenen Güterverkehrsgenehmigung in den Vermögenswert	312

	Seite
b) Ansatz von Verbindlichkeiten	312
c) Ableitung des Anteilswerts aus zurückliegenden Verkäufen	313
d) Negativer Ertragshundertsatz	313
8. Einheitsbewertung des Grundbesitzes	313
a) Abgrenzung des Ein- bzw. Zweifamilienhauses vom gemischt genutzten Grundstück	313
b) Verfassungsfragen	313
c) Immissionen	314
d) Abgrenzung einer Betriebsvorrichtung vom Grundstück (Gebäude)	314
e) Neue Bundesländer	315
9. Vermögensartübergreifende Bewertungsfragen – Bewertung von Sachleistungsansprüchen und -verpflichtungen	315
10. Grundsteuer – Grundsteuerbefreiungen	316
11. Vermögensteuer – Fortgeltung des Vermögensteuer- gesetzes bis 1996	317
III. Rechtsprechung des III. Senats	318
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	318
2. Besondere Rechtsgebiete in der Nachkriegszeit	318
a) Reichsfluchtsteuer	318
b) Lastenausgleich	319
3. Einheitsbewertung	319
a) Wohnverhältnisse der Nachkriegszeit	319
b) Bewertung als Ein- oder Zweifamilienhaus	320
c) Begriff der Wohnung	320
4. Investitionszulagen	320
a) Rechtsgrundlagen für Förderung durch Investitionszulagen	320
b) Verwendungs- und Verbleibensfristen	321
c) Zeitpunkt der Investition	321
d) Abgrenzung von neuen und gebrauchten Wirtschaftsgütern	322
e) Betriebsvorrichtungen	322
f) Branchenzugehörigkeit	323
g) Verfassungsrechtliche Probleme	323
5. Außergewöhnliche Belastung	324
a) Krankheitskosten	324
b) Kfz-Kosten eines behinderten Steuerpflichtigen	324
c) Besuchsaufwendungen	325
d) Kosten eines Zivilprozesses	325
e) Unterhaltsabfindung bei Scheidung	325
f) Unterhaltsleistungen von Ausländern	325

	Seite
g) Unterhaltsleistungen an Angehörige in der ehemaligen DDR	326
6. Kinderfreibetrag und Kindergeld	326
a) Kinderfreibetrag	326
b) Kindergeld	326
aa) Kindergeldansprüche von Ausländern	326
bb) Schädliche Einkünfte des Kindes	327
cc) Arbeitslose Kinder	328
dd) Kinder in der Ausbildung	328
ee) Behinderte Kinder	329
ff) Fragen des Gemeinschaftsrechts	329
IV. Rechtsprechung des IV. Senats	330
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	330
2. Rechtsprechung zur Einkommensteuer allgemein	330
a) Familiengesellschaften	330
b) Rentenbesteuerung	331
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Tätigkeit, Gewerbesteuer	332
a) Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Gewerbebetrieb	332
b) Verpächterwahlrecht	334
c) Leasing	334
d) Kontokorrentzinsen	335
e) Gewillkürtes Betriebsvermögen	337
4.* Einkünfte von Personengesellschaften	337
a) Negatives Kapitalkonto eines Kommanditisten	337
b) GmbH & Co. KG – Gewinnerzielungsabsicht bei Personengesellschaften	338
c) Doppelstöckige Personengesellschaft	339
5. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	339
a) Besteuerung nach Durchschnittssätzen	339
b) Bodengewinnbesteuerung	340
c) Betriebsaufgabe bei Übergang zur Liebhaberei	340
V. Rechtsprechung des V. Senats	341
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	341
2. Umsatzsteuer in der Nachkriegszeit	341
a) „Altes System“ der Allphasenbrutto-Umsatzsteuer	341
aa) Übernahme des Umsatzsteuer-Systems aus der Vorkriegszeit	341
bb) Aufhebung der Organschaft durch das Kontrollratsgesetz Nr. 15	342
cc) „Unternehmereinheit“ und „organschaftsähnliches Verhältnis“	344
b) Berlin-Förderung durch die Umsatzsteuer	345

	Seite
3. Systemwechsel zum gemeinsamen Mehrwertsteuer- system	345
a) Übergangsprobleme	345
aa) Selbstverbrauchsteuer zur Vermeidung von Haushaltsausfällen aufgrund der Einführung des Vorsteuerabzugs	346
bb) Missbräuchliche Einschaltung von so genannten Zwischenvermietern	347
cc) Entscheidungen des Bundesfinanzhofs zum gemeinschaftsrechtlichen Hintergrund des Umsatzsteuergesetzes 1967	348
b) Umsetzung der Sechsten Richtlinie im Umsatz- steuergesetz 1980 – Wirkung und „Berufbarkeit“ der Richtlinien durch den Einzelnen	348
c) Beispiele zur Anpassung des Umsatzsteuergesetzes an das Gemeinschaftsrecht über die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	350
aa) Sachzuwendungen des Arbeitgebers an die Arbeitnehmer	350
bb) Zuordnung gemischt genutzter Gegenstände zum Unternehmen und Eigenverbrauch	351
cc) Änderungen beim Vorsteuerabzug	353
dd) Nichtanwendung nationaler Gesetzesregelung durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs * bei festgestelltem Verstoß gegen Gemein- schaftsrecht	354
4. Umsatzsteuerfragen nach dem Beitritt der ehemaligen DDR	355
5. Einführung des so genannten Binnenmarkts	356
a) Innergemeinschaftliche Lieferung als Ersatz für Ausgleichssystem	356
b) Buch- und Belegnachweis	356
c) Gutgläubensschutz	357
VI. Rechtsprechung des VI. Senats	358
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	358
a) Anfangszuständigkeiten	358
b) Spätere Zuständigkeiten	359
2. Lohnsteuer	359
a) Arbeitnehmereigenschaft	359
b) Begriff des Arbeitslohns	360
aa) Zukunftssicherungsleistungen des Arbeitgebers ...	360
bb) Sachlohn	362
cc) Abgrenzung des Sachlohns von der verdeckten Gewinnausschüttung	362

	Seite
c) Werbungskosten bei den Einkünften aus nicht-selbständiger Arbeit	362
aa) Doppelte Haushaltsführung	363
bb) Bildungsaufwendungen	363
cc) Reisekosten	364
dd) Pendler- und Abgeordnetenpauschale	364
ee) Gemischt veranlasste Reisen	365
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit	365
a) Gewillkürtes Betriebsvermögen bei Freiberuflern	365
b) Geschlechtsverkehr gegen Entgelt	366
c) Realteilung	366
d) Negative Kapitalkonten	366
e) Abfindung lästiger Gesellschafter	366
f) Betriebsvermögen nach der Bilanzbündeltheorie	367
4. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	367
a) Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	367
b) Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	368
c) Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand	368
d) Nutzungswertbesteuerung bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	369
5. Außergewöhnliche Belastungen	369
6. Veranlagung und Arbeitnehmerveranlagung	370
VII. Rechtsprechung des VII. Senats	370
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	370
a) Zoll-, Verbrauchsteuer- und Finanzmonopolsachen	370
b) Weitere Zuständigkeiten	371
aa) Allgemeines Abgabenrecht und sonstige Abgaben	371
bb) Marktordnungsrecht	372
2. Verhältnis des nationalen Rechts zum EWG-/EG-Recht	372
3. Zollrecht	374
a) Allgemeines Zollrecht	374
aa) Nationales Zollrecht und frühzeitige Harmonisierung	374
bb) Zollwertrecht	374
cc) Gemeinschaftliches Zollrecht und nationales Recht	375
dd) Zollrecht und Völkerrecht	376
b) Zolltarifrecht	377
c) Verbote und Beschränkungen	379
4. Verbrauchsteuern	379
a) Alkoholsteuern	379

	Seite
b) Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Stromsteuer	381
aa) Mineralölsteuer	381
bb) Tabaksteuer	381
cc) Stromsteuer	382
5. Marktordnungsrecht	382
a) Ausfuhrerstattung	382
b) Milchabgabe	383
6. Berufsrecht nach dem Steuerberatungsgesetz	384
7. Allgemeines Abgabenrecht	385
a) Steuergeheimnis	385
b) Haftung	386
c) Abrechnung, Aufrechnung	386
d) Vollstreckung/Zwangsmittel	387
8. Kraftfahrzeugsteuer (1985–2006)	387
9. Im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelte Zuständigkeiten (1981–2006)	388
VIII. Rechtsprechung des VIII. Senats	389
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	389
2. Einkünfte aus Kapitalvermögen	389
a) Verfassungsmäßigkeit der Zinsbesteuerung	389
b) Europarechtswidrigkeit der Pauschalbesteuerung des § 18 Abs. 3 AuslInvestmG	390
c) Nominalwertprinzip und Inflationsausgleich	391
d) Zufluss von Kapitaleinkünften	391
aa) Schnellballsysteme	391
bb) Dividenden und Bonusaktien	391
e) Finanzinnovationen	392
f) Werbungskosten	392
g) Nießbrauch	393
h) Verdeckte Gewinnausschüttung	393
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	394
4. Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit	396
5. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	396
6. Personengesellschaften	397
a) Begriff des Mitunternehmers	397
b) Verlustzuweisungsgesellschaften	397
c) Verträge zwischen Ehegatten	397
d) Familienpersonengesellschaften	398
e) Tätigkeitsvergütungen	398
f) Pensionszusagen	399
g) Realteilung	399
h) Betriebsaufspaltung	400
i) Verluste bei beschränkter Haftung (§ 15a EStG)	400
j) (Sonder-)Betriebsvermögen und -ausgaben	400

	Seite
7. Bilanzsteuerrecht	401
a) Anschaffungs- und Herstellungskosten, Absetzungen für Abnutzung	401
b) Passivierung	402
8. Familienleistungsausgleich und Kindergeld	402
9. Verfahrensrecht	403
a) Tatsächliche Verständigung	403
b) Verwertungsverbot	403
c) Rechtliches Gehör	403
d) Nichtanwendungserlass	403
IX. Rechtsprechung des IX. Senats	404
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	404
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen	404
3. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	405
a) Anschaffungskosten für ein bebautes Grundstück	405
b) Nutzungswertbesteuerung	405
c) Abgrenzung von Anschaffungskosten, anschaffungs- nahen und nachträglichen Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand	405
d) Einkünfteerzielungsabsicht	407
aa) Auf Dauer angelegte Vermietungstätigkeit	407
bb) Vermietung von Ferienwohnungen	408
cc) Mietkaufmodell	409
dd) Rückkauf- und Verkaufsgarantie	409
* e) Finanzierungsaufwand bei der Herstellung und Anschaffung von gemischt genutzten Gebäuden	409
f) Mietverträge mit unterhaltsberechtigten Angehörigen	410
4. Sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 2 bis 4 EStG	411
a) Einkünfte aus sonstigen Leistungen (§ 22 Nr. 3 EStG)	411
b) Optionsgeschäfte	411
c) Einkünfte aus Spekulationsgeschäften (privaten Veräußerungsgeschäften) gemäß § 22 Nr. 2 i. V. m. § 23 EStG	412
5. Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen nach § 17 EStG	413
a) Halbabzugsverbot bei Aufgabeverlust aus einer ertraglosen Kapitalgesellschaftsbeteiligung	413
b) Auflösungsverlust bei nicht mehr relevanter Beteiligung	413
6. Verlustabzug (§ 10d EStG)	414
7. Verfahrensrecht	415
X. Rechtsprechung des X. Senats	415
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	415

	Seite
2. Gewerbliche Einkünfte	415
a) Rückstellung für drohende Verluste	415
b) Zweikontenmodell	416
c) Abzug privater Schuldzinsen	417
d) Neuregelung zum Schuldzinsenabzug	417
e) Gewerblicher Grundstückshandel	417
f) Jubiläumsrückstellungen	418
g) Tarifspreizung	419
h) Vermietung von Parkplätzen	419
i) Gewerblicher Wertpapierhandel	419
3. Sonstige Einkünfte (Renteneinkünfte)	419
a) Große Witwenrente	419
b) Erträge des Rentenrechts	420
c) Abgrenzung der betrieblichen Erwerbsrente von der privaten Versorgungsrente	420
d) Übergang zur nachgelagerten Besteuerung	420
4. Entschädigungen	421
5. Sonderausgaben (Vorsorgeaufwendungen und Schulgeld)	421
a) Drittaufwand	421
b) Beiträge zu Krankenversicherungen	421
c) Rentenversicherungsbeiträge	422
d) Schulgeld	422
6. Versorgungsleistungen/dauernde Last	423
a) Abgrenzung der Rente von der dauernden Last	423
b) Abgrenzung der Vermögensübergabe gegen Vorsor- gungsleistungen vom entgeltlichen Veräußerungs- geschäft	423
c) Vermögensübergabe zur Vorwegnahme der Erbfolge	423
d) Ablösung wiederkehrender Bezüge	424
7. Spendenabzug	424
8. § 10e EStG und § 7i EStG	425
a) Aufwendungen für Renovierung	425
b) Vorkosten	425
c) Neubaubegriff	425
9. Gewerbesteuer	426
a) Verfassungsmäßigkeit der Gewerbesteuer	426
b) Erstreckung der Gewerbesteuerbefreiung der Betriebsgesellschaft auf Besitzunternehmen	426
10. Verfahrensrecht	426
11. Rechtsstaatliche Steuererhebung – DDR-Steuer- bescheide	426
XI. Rechtsprechung des XI. Senats	427
1. Gründung und Zuständigkeit des Senats	427

	Seite
2. Abfindungen wegen Auflösung des Dienstverhältnisses und Entschädigungen bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit	427
a) Erfordernis der Zusammenballung der Einkünfte	427
b) Ergänzende Zahlungen aus sozialer Fürsorge	428
c) Verfassungswidrigkeit der rückwirkenden Verschärfung der Besteuerung von Entlassungsent-schädigungen	428
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	429
a) Halbteilungsgrundsatz gilt nicht für Einkommen- und Gewerbesteuer	429
b) Gewerblicher Grundstückshandel – Zurechenbarkeit von Grundstücksveräußerungen einer GbR beim Gesellschafter	429
4. Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit	430
a) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit von Einzel- personen	430
aa) Tätigkeit eines Facharztes für Labormedizin	430
bb) Veräußerungsgewinn bei entgeltlicher Aufnahme eines Partners in eine Einzelpraxis	430
b) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit von Personen- gesellschaften	431
5. Sonderausgaben	432
a) Mietwert der Wohnung als Unterhaltszahlung	432
b) Schulgeld	432
c) Spenden	433
aa) Spenden für weltanschauliche Zwecke	433
bb) Abziehbarkeit von Auslandsspenden	433
d) Kosten für hauswirtschaftliches Beschäftigungs- verhältnis	434
6. Ausgleich und Abzug von Verlusten	435
a) Beschränkter Verlustausgleich gemäß § 2 Abs. 3 EStG	435
b) Verlustabzug nach § 10d EStG	435
7. Umsatzsteuer	436
B. Großer Senat	436
I. Gründung, Zuständigkeit und Besetzung des Senats	436
1. Gründung	436
2. Zuständigkeit	436
3. Besetzung	437
II. Rechtsprechung des Großen Senats	438
1. Allgemeines	438
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	438
a) Verpächterwahlrecht	438

	Seite
b) Bilanzzusammenhang	439
c) Strukturwandel	439
d) Nutzungseinlage	439
e) Gewerblicher Grundstückshandel	440
3. Besteuerung von Mitunternehmerschaften	440
a) Negatives Kapitalkonto	440
b) Gewinnerzielungsabsicht, (Publikums-)GmbH & Co. KG	440
c) Doppelstöckige Personengesellschaft	441
4. Betriebsausgaben und Werbungskosten	441
a) Gemischt (beruflich/privat) veranlasste Aufwendungen	441
b) Kosten eines Verkehrsunfalls	442
c) Kontokorrentverbindlichkeit, Zwei-Konten-Modell	443
d) Drittaufwand	443
5. Verträge unter nahen Angehörigen	444
a) Gewinnverteilung in der Familien-KG	444
b) Verträge unter Ehegatten, Oder-Konto	445
6. Erbfall und Erbaueinandersetzung	445
7. Vermögensübertragungen gegen Versorgungsleistungen ..	445
8. Verlustabzug	446
9. Verfahrensrecht	447
10. Anhängige Verfahren	447
III. Zusammenstellung sämtlicher Entscheidungen des Großen*Senats	448
C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	473
I. Gründung, Besetzung und Zuständigkeit des Senats	473
II. Verfahren vor dem Gemeinsamen Senat	474
1. Entscheidungen aufgrund von Vorlagen des Bundesfinanzhofs	474
2. Zurückgenommene Vorlagen des Bundesfinanzhofs	475
III. Tabellarische Übersicht der für den Bundesfinanzhof relevanten Entscheidungen des Gemeinsamen Senats	476
DRITTER TEIL – NAMEN, DATEN, EREIGNISSE	
A. Wichtige Ereignisse seit Errichtung des Bundesfinanzhofs	483
B. Richterinnen und Richter am Bundesfinanzhof (in alphabetischer Reihenfolge)	501

	Seite
C. Richterinnen und Richter am Bundesfinanzhof (in chronologischer Reihenfolge)	505
D. Entwicklung der Senatszusammensetzungen	523
I. Besetzung des I. Senats	523
II. Besetzung des II. Senats	525
III. Besetzung des III. Senats	527
IV. Besetzung des IV. Senats	529
V. Besetzung des V. Senats	531
VI. Besetzung des VI. Senats	533
VII. Besetzung des VII. Senats	535
VIII. Besetzung des VIII. Senats	537
IX. Besetzung des VIIIa. Senats	539
X. Besetzung des IX. Senats	539
XI. Besetzung des X. Senats	540
XII. Besetzung des XI. Senats	541
XIII. Besetzung des Großen Senats	541
E. Sachzuständigkeiten der einzelnen Senate	545
F. Sachgebietsleiter in den Verwaltungsabteilungen	557
I. Leitung der Verwaltung	557
II. Leitung der Bibliothek	557
III. Leitung der Abteilung Dokumentation und Information (vor 1969 Zentralkartei)	557
IV. Leitung der Abteilung für Informationstechnik	558

VIERTER TEIL –
ARCHITEKTONISCHE ANSICHTEN DES BUNDESFINANZHOFES

NAMENSREGISTER

STICHWORTVERZEICHNIS